Niederschrift
über die 46. öffentliche Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
am **Montag, 12. Oktober 2015, 16:00 Uhr**
im Sitzungssaal der Stadtverordneten, Rathaus, Kassel

Anwesend:

Präsidium
Petra Friedrich, Stadtverordnetenvorsteherin, SPD
Volker Zeidler, Stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher, SPD
Gabriele Fitz, Stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin, SPD
Jürgen Blutte, Stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher, B90/Grüne
Georg Lewandowski, Stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher, CDU

Stadtverordnete
Dr. Rabani Alekuzei, Stadtverordneter, SPD
Doğan Aydın, Stadtverordneter, SPD
Anke Bergmann, Stadtverordnete, SPD
Judith Boczkowski, Stadtverordnete, SPD
Barbara Bogdon, Stadtverordnete, SPD
Wolfgang Decker, Stadtverordneter, SPD
Dr. Manuel Eichler, Stadtverordneter, SPD
Uwe Frankenberger, Stadtverordneter, SPD
Helene Freund, Stadtverordnete, SPD
Dr. Rainer Hanemann, Stadtverordneter, SPD
Hermann Hartig, Stadtverordneter, SPD
Carsten Höhre, Stadtverordneter, SPD
Esther Kalveram, Stadtverordnete, SPD
Christian Knauf, Stadtverordneter, SPD
Stefan Kurt Markl, Stadtverordneter, SPD
Heidemarie Reimann, Stadtverordnete, SPD
Enrico Schäfer, Stadtverordneter, SPD
Dr. Günther Schnell, Fraktionsvorsitzender, SPD
Norbert Sprafke, Stadtverordneter, SPD
Harry Völler, Stadtverordneter, SPD
Stephan Amtsberg, Stadtverordneter, B90/Grüne
Dieter Beig, Fraktionsvorsitzender, B90/Grüne
Ruth Fürsch, Stadtverordnete, B90/Grüne
Birgit Hengesbach-Knoop, Stadtverordnete, B90/Grü + GLO
Christine Hesse, Stadtverordnete, B90/Grüne
Dr. Martina van den Hövel-Hanemann, Stadtverordnete, B90/Grüne
Yasemin Ince, Stadtverordnete, B90/Grüne
Dr. Andreas Jürgens, Stadtverordneter, B90/Grüne

Eva Koch, Stadtverordnete, B90/Grüne
Dorothee Köpp, Stadtverordnete, B90/Grüne
Anja Lipschik, Stadtverordnete, B90/Grüne
Boris Mijatovic, Stadtverordneter, B90/Grüne
Gernot Rönz, Stadtverordneter, B90/Grüne
Joachim Schleißing, Stadtverordneter, B90/Grüne
Karl Schöberl, Stadtverordneter, B90/Grüne
Bernd-Peter Doose, Stadtverordneter, CDU
Norbert Hornemann, Stadtverordneter, CDU
Dominique Kalb, Stadtverordneter, CDU
Wolfram Kieselbach, Stadtverordneter, CDU
Stefan Kortmann, Stadtverordneter, CDU
Eva Kühne-Hörmann, Stadtverordnete, CDU
Dr. Michael von Rüden, Stadtverordneter, CDU
Bodo Schild, Stadtverordneter, CDU
Jutta Schwalm, Stadtverordnete, CDU
Waltraud Stähling-Dittmann, Stadtverordnete, CDU
Brigitte Thiel, Stadtverordnete, CDU
Dr. Jörg Westerburg, Stadtverordneter, CDU
Dr. Norbert Wett, Fraktionsvorsitzender, CDU
Simon Aulepp, Stadtverordneter, Kasseler Linke
Norbert Domes, Stadtverordneter, Kasseler Linke
Vera Katrin Kaufmann, Stadtverordnete, Kasseler Linke
Heinz Gunter Drubel, Stadtverordneter, FDP
Frank Oberbrunner, Fraktionsvorsitzender, FDP
Donald Strube, Stadtverordneter, parteilos
Bernd W. Häfner, Fraktionsvorsitzender, FREIE WÄHLER
Dr. Bernd Hoppe, Stadtverordneter, Demokratie erneuern
Olaf Petersen, Stadtverordneter, Demokratie erneuern
Jörg-Peter Bayer, Stadtverordneter, Piraten

Ausländerbeirat
Kamil Saygin, Vorsitzender des Ausländerbeirats

Magistrat
Bertram Hilgen, Oberbürgermeister, SPD
Jürgen Kaiser, Bürgermeister, SPD
Christian Geselle, Stadtkämmerer, SPD
Anne Janz, Stadträtin, B90/Grüne
Christof Nolda, Stadtbaurat, B90/Grüne
Brigitte Bergholter, Stadträtin, SPD
Martin Engels, Stadtrat, CDU
Thomas Flügge, Stadtrat, B90/Grüne
Esther Haß, Stadträtin, SPD
Hendrik Jordan, Stadtrat, SPD

Annett Martin, Stadträtin, B90/Grüne
Hans-Jürgen Sandrock, Stadtrat, SPD
Richard Schramm, Stadtrat, B90/Grüne
Dr. Marlis Wilde-Stockmeyer, Stadträtin, Kasseler Linke

Schriftführung
Nicole Eglin, Büro der Stadtverordnetenversammlung
Edith Schneider, Büro der Stadtverordnetenversammlung
Cenk Yildiz, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:
Dietmar Bürger, Stadtverordneter, SPD
Renate Gaß, Stadtverordnete, Kasseler Linke
Marcus Leitschuh, Stadtverordneter, CDU
Kerstin Linne, Stadtverordnete, B90/Grüne
Axel Selbert, Fraktionsvorsitzender, Kasseler Linke
Monika Sprafke, Stadtverordnete, SPD
Helga Weber, Stadtverordnete, B90/Grüne
Barbara Herrmann-Kirchberg, Stadträtin, CDU
Heinz Schmidt, Stadtrat, CDU

Stadtverordnetenvorsteherin Friedrich eröffnet die mit der Einladung vom 1. Oktober 2015 ordnungsgemäß einberufene 46. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Weiterhin stellt sie fest, dass
Stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher Blutte, Fraktion B90/Grüne
Stadtverordneter Doose, CDU-Fraktion
Stadtverordneter Kortmann, CDU-Fraktion
Fraktionsvorsitzender Oberbrunner, FDP-Fraktion
Frau Eglin, Schriftführung und
Frau Rittgarn, Hauptamt
der Veröffentlichung von Film- und Tonaufnahmen ihrer Person nicht zustimmen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedenkt die Stadtverordnetenversammlung dem am 28. August 2015 verstorbenen Friedhelm Weißbecker.
Er gehörte dem Ortsbeirat Oberzwehren als Vertreter der Bürgerinitiative für Oberzwehren seit 1981 an. Von 2001 bis 2011 war er stellvertretender Ortsvorsteher des Ortsbeirates. Die Stadt Kassel wird Friedhelm Weißbecker ein ehrendes Andenken bewahren.

Zur Tagesordnung

Nachfolgende Tagesordnungspunkte werden abgesetzt:

18. Hausärztliche Versorgung sicherstellen
Antrag der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.1770 -,

20. Angemessene Mieten und Übernahme der Kosten der Unterkunft sicherstellen
Antrag der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.1783 -

und

21. Übernahme von Fahrtkosten für Schüler aus armen Haushalten
Antrag der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.1794 -

Die Anträge wurden in der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport am 1. Oktober 2015 aus Zeitgründen nicht behandelt.

32. Kassel unterzeichnet die Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen auf kommunaler Ebene
Antrag der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.1850 -

Der Antrag wurde im Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung am 8. Oktober 2015 wegen Beratungsbedarf der SPD-Fraktion abgesetzt.

Stadtverordnetenvorsteherin Friedrich teilt mit, dass sie die Tagesordnungspunkte

9. Sporthalle Marbachshöhe
Antrag der FDP-Fraktion
- 101.17.1650 -

und

10. Sanierung Sporthalle Marbachshöhe vorziehen
Antrag der CDU-Fraktion
- 101.17.1677 -

gemeinsam zur Beratung aufrufen wird. Die Abstimmung der Punkte erfolgt getrennt.

Stadtverordneter Aulepp, Fraktion Kasseler Linke, beantragt die Erweiterung der Tagesordnung I um den Antrag der Fraktion Kasseler Linke betr. Zeltunterbringung vor dem Winter beenden.
Fraktionsvorsitzender Dr. Schnell spricht dagegen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gemäß § 10 (6) der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung bei
Zustimmung: Kasseler Linke
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler, Stadtverordneter Bayer
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Geschäftsordnungsantrag auf Erweiterung der TO I um den Antrag der Fraktion Kasseler Linke betr. Zeltunterbringung vor dem Winter beenden, wird **abgelehnt**.

Weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung liegen nicht vor.
Stadtverordnetenvorsteherin Friedrich stellt die geänderte Tagesordnung fest.

Tagesordnung I

1. Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilunge vor.

2. Vorschläge der Ortsbeiräte

Stadtverordnetenvorsteherin Friedrich gibt den Beschluss des Ortsbeirates Niederzwehren vom 29. September 2015 betr. Verkehrsführung in der Frankfurter Straße, bekannt.
Den Fraktionen liegt der entsprechende Auszug aus der Niederschrift vor.

3. Fragestunde

Die Fragen Nr. 509 bis 518 sind beantwortet.
Die Frage Nr. 510 wurde von der Fraktion Kasseler Linke zurückgezogen.

4. Mobilität für alle gewährleisten: Sozialticket jetzt
Antrag der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.1633 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Ein Sozialticket für 20,- Euro im Monat für BezieherInnen von Leistungen nach dem SGB II, SGB XII und AsylbLG, Wohngeld und Grundsicherung wird in Kassel zum 1.1.2016 eingeführt.
Die notwendigen Mittel für die KVG zur Bezuschussung des Angebots werden in den Haushalt der Stadt Kassel eingestellt.

Stadtverordnete Kaufmann, Fraktion Kasseler Linke, begründet den Antrag für ihre Fraktion.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: Kasseler Linke, Demokratie erneuern/Freie Wähler (2)
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler (1)
Stadtverordneter Bayer
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Antrag der Fraktion Kasseler Linke betr. Mobilität für alle gewährleisten: Sozialticket jetzt, 101.17.1633, wird **abgelehnt.**

5. Gesundheitsschutz durch Luftreinhaltung ernst nehmen
- Kommunale Handlungsmöglichkeiten endlich nutzen
Antrag der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.1634 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt
1. Einen Katalog mit kommunal umsetzbaren Maßnahmen zur Luftreinheit zu erstellen und ihn im Ausschuss für Umwelt und Energie in der ersten Sitzung nach der Sommerpause vorzustellen.

2. Diese Maßnahmen werden mit einer Abschätzung der Wirksamkeit und der Kosten sowie mit einer Priorisierung und Umsetzungszeitplanung versehen.
3. Über den Hessischen Städtetag und den Deutschen Städtetag auf die Landes- und Bundespolitik einzuwirken um die Maßnahmen, die nur auf Landes- und Bundesebene umsetzbar sind, einzufordern.
   Dafür wird ein Katalog mit auf Landes- und Bundesebene umsetzbaren Maßnahmen erstellt, der im Ausschuss für Umwelt und Energie in der ersten Sitzung nach der Sommerpause vorgestellt wird.

Stadtverordnete Kaufmann, Fraktion Kasseler Linke, begründet den Antrag und ändert ihn wie folgt ab.

➢ **Geänderter Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt

1. Einen Katalog mit kommunal umsetzbaren Maßnahmen zur Luftreinheit zu erstellen und ihn im Ausschuss für Umwelt und Energie **in der nächst möglichen** Sitzung vorzustellen.
2. Diese Maßnahmen werden mit einer Abschätzung der Wirksamkeit und der Kosten sowie mit einer Priorisierung und Umsetzungszeitplanung versehen.
3. Über den Hessischen Städtetag und den Deutschen Städtetag auf die Landes- und Bundespolitik einzuwirken um die Maßnahmen, die nur auf Landes- und Bundesebene umsetzbar sind, einzufordern.
   Dafür wird ein Katalog mit auf Landes- und Bundesebene umsetzbaren Maßnahmen erstellt, der im Ausschuss für Umwelt und Energie **in der nächst möglichen** Sitzung vorgestellt wird.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: Kasseler Linke, Demokratie erneuern/Freie Wähler, Stadtverordneter Bayer
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der geänderte Antrag der Fraktion Kasseler Linke betr. Gesundheitsschutz durch Luftreinhaltung ernst nehmen - Kommunale Handlungsmöglichkeiten endlich nutzen,101.17.1634, wird **abgelehnt.**

6. Freies WLan vor städtischen Museen
Antrag der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.1637 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Vor dem Stadtmuseum, dem Naturkundemuseum, der GrimmWelt und dem Fridericianum wird ein frei nutzbares öffentliches WLan angeboten.

➢ **Geänderter Antrag vom 14. April 2015**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt, die Einführung eines frei nutzbaren öffentlichen WLans vor und in Kasseler Museen und der Innenstadt zu prüfen und die Ergebnisse zeitnah dem Ausschuss für Kultur vorzulegen.

Stadtverordneter Aulepp, Fraktion Kasseler Linke, begründet den geänderten Antrag vom 14. April 2015 für seine Fraktion.

Im Rahmen der Diskussion übernimmt Stadtverordneter Aulepp, die von Stadtverordneten Dr. Hanemann, SPD-Fraktion, für die Fraktionen der SPD und B90/Grüne vorgeschlagenen Ergänzungen.

➢ **Geänderter Antrag vom 12. Oktober 2015**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt, die Einführung eines frei nutzbaren öffentlichen W-LANS vor und in Kasseler Museen und der Innenstadt zu prüfen und die Ergebnisse zeitnah dem Ausschuss für Kultur vorzulegen.
In diesem Sinn begrüßen wir die Initiative der KVV-Tochter, Netcom Kassel GmbH, ein frei nutzbares W-LAN-Angebot in der Kasseler Innenstadt im Probebetrieb zu installieren und bitten den Magistrat und die Netcom Kassel GmbH, uns nach Ablauf der Probephase im Ausschuss für Kultur über die Ergebnisse zu informieren.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Dem geänderten Antrag der Fraktion Kasseler Linke vom 12. Oktober 2015 betr. Freies WLan vor städtischen Museen, 101.17.1637, wird **zugestimmt.**

7. Handwerkerparken
Antrag der CDU-Fraktion
- 101.17.1644 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, für Handwerker und Dienstleistungsbetriebe einen Jahresparkausweis zu einer Gebühr analog der Anwohnerparkausweise einzuführen, der auf Antrag erteilt wird und die Parkscheinblöcke, die über die Kreishandwerkerschaft bezogen werden können, ersetzt.

Stadtverordneter Kalb, CDU-Fraktion, begründet den Antrag für seine Fraktion.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: CDU, FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler, Stadtverordneter Bayer
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Antrag der CDU-Fraktion betr. Handwerkerparken, 101.17.1644, wird **abgelehnt.**

8. Brötchentaste
Antrag der CDU-Fraktion
- 101.17.1645 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, zur Stärkung von Einzelhandelsgeschäften und Dienstleistern im Zentrum und in den Stadtteilzentren die Möglichkeit des kostenlosen Kurzzeitparkens bis 30 Minuten (sog. Brötchentaste) einzuführen.

Stadtverordneter Kalb, CDU-Fraktion, begründet den Antrag für seine Fraktion.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: CDU, FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler, Stadtverordneter Bayer
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Antrag der CDU-Fraktion betr. Brötchentaste, 101.17.1645, wird **abgelehnt.**

Die Tagesordnungspunkte 9 und 10 werden wegen Sachzusammenhangs gemeinsam zur Beratung aufgerufen. Die Abstimmung erfolgt jedoch getrennt.

9. Sporthalle Marbachshöhe
Antrag der FDP-Fraktion
- 101.17.1650 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, noch in diesem Jahr die finanziellen Mittel zur Sanierung der Sporthalle Marbachshöhe bereitzustellen und mit der Planung der Durchführung zu beginnen.

Fraktionsvorsitzender Oberbrunner, FDP-Fraktion, begründet den Antrag für seine Fraktion.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: CDU, Kasseler Linke, FDP, Stadtverordneter Bayer
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, Demokratie erneuern/Freie Wähler
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Antrag der FDP-Fraktion betr. Sporthalle Marbachshöhe, 101.17.1650, wird **abgelehnt.**

➢ **Änderungsantrag der CDU-Fraktion**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, noch in diesem Jahr die finanziellen Mittel zur Sanierung der Sporthalle Marbachshöhe bereitzustellen und mit der Planung der Durchführung zu beginnen. **Sollte eine Sanierung wirtschaftlich oder technisch nicht sinnvoll sein, soll die Halle abgerissen und durch einen entsprechenden Neubau ersetzt werden.**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: CDU, Kasseler Linke, FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler, Stadtverordneter Bayer
Ablehnung: SPD, B90/Grüne
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag der FDP-Fraktion betr. Sporthalle Marbachshöhe, 101.17.1650, wird **abgelehnt.**

10. Sanierung Sporthalle Marbachshöhe vorziehen
Antrag der CDU-Fraktion
- 101.17.1677 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, die Prioritätenlisten im Sportstättenbau zu überarbeiten mit dem Ziel, dass die Sicherstellung des Schul- und Vereinssports durch die Bereitstellung entsprechender Hallenzeiten priorisiert wird. Insbesondere ist die Sanierung der Sporthalle Marbachshöhe so zeitnah wie möglich, spätestens aber 2016 zu realisieren.

➢ **Geänderter Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, die Prioritätenlisten im Sportstättenbau zu überarbeiten mit dem Ziel, dass die Sicherstellung des Schul- und Vereinssports durch die Bereitstellung entsprechender Hallenzeiten priorisiert wird. Insbesondere ist **der Ersatzbau für die** Sporthalle Marbachshöhe so zeitnah wie möglich, spätestens aber 2016 zu realisieren.

Fraktionsvorsitzender Dr. Wett, CDU-Fraktion, begründet den geänderten Antrag für seine Fraktion.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: CDU, Kasseler Linke, FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler, Stadtverordneter Bayer
Ablehnung: SPD, B90/Grüne
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der geänderte Antrag der CDU-Fraktion betr. Sanierung Sporthalle Marbachshöhe vorziehen, 101.17.1677, wird **abgelehnt.**

11. Änderung der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung Kassel
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD, B90/Grüne, CDU, FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler und des Stadtverordneten Bayer
- 101.17.1667 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung Kassel vom 26. April 2010 wird wie folgt geändert:

1. **§ 11 der Geschäftsordnung wird wie folgt neu gefasst:**
(1) An den öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung kann der Vorsitzende bzw. die Vorsitzende des Ausländerbeirates, **des Behindertenbeirates bzw. des Seniorenbeirates** oder seine bzw. ihre Stellvertretung teilnehmen.

(2) Der Stadtverordnetenvorsteher bzw. die Stadtverordnetenvorsteherin erteilt dem Vertreter bzw. der Vertreterin des Ausländerbeirates auf Antrag das Wort zu Tagesordnungspunkten, die die Interessen der in Kassel lebenden ausländischen Einwohner und Einwohnerinnen vorwiegend berühren.

(3) Der Stadtverordnetenvorsteher bzw. die Stadtverordnetenvorsteherin erteilt dem Vertreter bzw. der Vertreterin des Behindertenbeirates auf Antrag das Wort zu Tagesordnungspunkten, die die Interessen der in Kassel lebenden behinderten Einwohner und Einwohnerinnen vorwiegend berühren.

(4) Der Stadtverordnetenvorsteher bzw. die Stadtverordnetenvorsteherin erteilt dem Vertreter bzw. der Vertreterin des Seniorenbeirates auf Antrag das Wort zu Tagesordnungspunkten, die die Interessen der in Kassel lebenden Bürger und Bürgerinnen ab dem 60. Lebensjahr vorwiegend berühren.

(5) Der bzw. die Vorsitzende des Ausländerbeirates, Behindertenbeirates bzw. Seniorenbeirates erstatten den Jahresbericht gemäß ihrer jeweiligen Satzungsregelung.

2. **§ 16 Absatz 4 der Geschäftsordnung wird wie folgt neu gefasst:**
   (4) Der Ausländerbeirat, **der Behindertenbeirat und der Seniorenbeirat** benennen jeweils aus ihrer Mitte ein Mitglied für die Sitzungen der Ausschüsse zur Teilnahme mit beratender Stimme. Dies gilt nicht für den Grundstücksausschuss.

3. **In § 16 der Geschäftsordnung** werden die Absätze 5 und 6 ersatzlos gestrichen und Absatz 7 wird Absatz 5.

4. **§ 17 Absatz 5 der Geschäftsordnung wird wie folgt neu gefasst:**
   (5) Die Beratung eines Antrages bzw. einer Anfrage von Stadtverordneten, Fraktionen **bzw. Beiräten**, die keinen **stimmberechtigten** Sitz im Ausschuss haben, wird bei Abwesenheit des Antragstellers bzw. der Antragstellerin einmal zurückgestellt. Danach erfolgt eine Beratung und Entscheidung bzw. Beantwortung im Ausschuss auch bei Nichtanwesenheit des Antragstellers bzw. der Antragstellerin.

5. **§ 20 Absatz 1 und Absatz 5 der Geschäftsordnung werden wie folgt neu gefasst:**
   (1) Anträge können gestellt werden von
   - Fraktionen durch ihren Vorsitzenden bzw. ihre Vorsitzende oder deren Stellvertretung,
   - jedem bzw. jeder Stadtverordneten,
   - dem Magistrat
   - der Betriebskommission der Eigenbetriebe,
   - dem Oberbürgermeister bzw. der Oberbürgermeisterin
   - dem Jugendhilfeausschuss und
   - **dem Ausländer-, Behinderten- bzw. Seniorenbeirat durch ihren Vorsitzenden bzw. ihre Vorsitzende oder deren Stellvertretung entsprechend vorheriger Beschlussfassung durch das jeweilige Gremium.**

   (5) Magistratsanträge, Anträge der Betriebskommission von Eigenbetrieben, **des Ausländerbeirats, Behindertenbeirats sowie des Seniorenbeirats** können ohne vorherige Beratung in der Stadtverordnetenversammlung von

dem Stadtverordnetenvorsteher bzw. der Stadtverordnetenvorsteherin unmittelbar einem Ausschuss überwiesen werden.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD, B90/Grüne, CDU, FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler und des Stadtverordneten Bayer betr. Änderung der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung Kassel, 101.17.1667, wird **zugestimmt.**

Stadtverordneter Aulepp, Fraktion Kasseler Linke, bringt folgenden Änderungsantrag ein und begründet ihn.

- **Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag wird im Punkt 2. geändert:

§ 16 Absatz 4 der Geschäftsordnung wird wie folgt neu gefasst:
(4) Der Ausländerbeirat, der Behindertenbeirat und der Seniorenbeirat benennen jeweils aus ihrer Mitte ein Mitglied für die Sitzungen der Ausschüsse zur Teilnahme mit beratender Stimme. ~~Dies gilt nicht für den Grundstücksausschuss.~~

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: Kasseler Linke
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler (2), Stadtverordneter Bayer
Enthaltung: Demokratie erneuern/Freie Wähler (1)
den

Beschluss

Der Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke zum gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD, B90/Grüne, CDU, FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler und des Stadtverordneten Bayer betr. Änderung der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung Kassel, 101.17.1667, wird **abgelehnt.**

12. Kinder- und Jugendparlament
Antrag der FDP-Fraktion
- 101.17.1668 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, in der Stadt Kassel ein Kinder- und Jugendparlament einzurichten, um die Interessen von Kindern und Jugendlichen an städtischen Angelegenheiten zu wecken und ihre Teilnahme an politischen Belangen und Entscheidungsprozessen zu stärken und auszubauen.

Stadtverordneter Strube, FDP-Fraktion, begründet den Antrag.

Votum Jugendhilfeausschuss vom 7. Juli 2015: mehrheitlich abgelehnt.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: CDU, FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler, Stadtverordneter Bayer
Ablehnung: SPD, B90/Grüne
Enthaltung: Kasseler Linke
den

Beschluss

Der Antrag der FDP-Fraktion betr. Kinder- und Jugendparlament, 101.17.1668, wird **abgelehnt.**

13. IT-Konzept für berufliche Schulen
Antrag der CDU-Fraktion
- 101.17.1674 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, das IT-Konzept der Stadt Kassel für die Beruflichen Schulen unter besonderer Berücksichtigung des IT-Supports im Ausschuss Schule, Jugend und Bildung zeitnah vorzustellen.

Stadtverordneter Schild, CDU-Fraktion, begründet den Antrag für seine Fraktion.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Dem Antrag der CDU-Fraktion betr. IT-Konzept für berufliche Schulen, 101.17.1674, wird **zugestimmt.**

14. Arztfahrtberechtigung für den Innenstadtbereich
Antrag der Fraktion Demokratie erneuern/Freie Wähler
- 101.17.1680 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit Taxi- und Mietwagenfahrer mit Hilfe einer durch die Stadt Kassel ausgegebenen Arztfahrtberechtigung für den Innenstadtbereich in die Lage versetzt werden, ambulant operierte und behinderte Patienten von und zu den hilfeleistenden Ärzten zu befördern.

Stadtbaurat Nolda gibt einen kurzen Sachstandsbericht. Er teilt mit, dass in Absprache mit den Taxiunternehmen eine einvernehmliche Lösung gefunden wurde.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: CDU, FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke, Stadtverordneter Bayer
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Antrag der Fraktion Demokratie erneuern/Freie Wähler betr. Arztfahrtberechtigung für den Innenstadtbereich, 101.17.1680, wird **abgelehnt.**

- **Änderungsantrag der CDU-Fraktion**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

> Der Magistrat wird aufgefordert, die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit **unverzüglich und in Absprache mit dem Taxi- und Mietwagengewerbe eine Regelung in Kraft gesetzt werden kann, die es ermöglicht**, ~~Taxi- und Mietwagenfahrer mit Hilfe einer durch die Stadt Kassel ausgegebenen Arztfahrtberechtigung für den Innenstadtbereich in die Lage versetzt werden, ambulant operierte und behinderte Patienten von und zu den hilfeleistenden Ärzten zu befördern.~~ **direkt zur Behandlung und Therapie in Praxen in der Fußgängerzone zu befördern. Dabei ist die Erlaubnisgebühr pro Jahr und Fahrzeug im Sinne der betroffenen Bürgerinnen und bürger am untersten Rand des Gebührenrahmens anzusetzen, damit diese Erlaubnis für die Taxiunternehmer bezahlbar ist.**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: CDU
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke (2),
Demokratie erneuern/Freie Wähler, Stadtverordneter Bayer
Enthaltung: Kasseler Linke (1), FDP
den

Beschluss

Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion betr. Arztfahrtberechtigung für den Innenstadtbereich, 101.17.1680, wird **abgelehnt.**

Tagesordnung II (ohne Aussprache)

15. Druselgrünzug im Bereich Augustinum als Grünfläche darstellen
Antrag der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.1661 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Druselgrünzug im Bereich des Augustinums soll im Flächennutzungsplan als Grünfläche dargestellt werden.
Der Magistrat wird beauftragt beim Zweckverband Raum Kassel einen Antrag auf Änderung des Flächennutzungsplans zu stellen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: Kasseler Linke
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler, Stadtverordneter Bayer
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Antrag der Fraktion Kasseler Linke betr. Druselgrünzug im Bereich Augustinum als Grünfläche darstellen, 101.17.1661, wird **abgelehnt.**

16. Langzeitarbeitslosen Zugang zu guter Arbeit gewähren
Antrag der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.1719 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. die Stadt Kassel stellt bei gleicher Eignung vorrangig Langzeitarbeitslose ein.
2. bei der Besetzung von Stellen in Bereichen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind, gilt dieser Vorrang nur in Bezug auf weibliche Langzeitarbeitslose.
3. die Stadt Kassel wirkt bei den Unternehmen, an denen sie beteiligt ist, darauf hin, dass dort vergleichbare Regelungen eingeführt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: Kasseler Linke
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler, Stadtverordneter Bayer
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Antrag der Fraktion Kasseler Linke betr. Langzeitarbeitslosen Zugang zu guter Arbeit gewähren, 101.17.1719, wird **abgelehnt.**

17. ALG II-Bezieher*innen als Elternzeitvertretung oder für Krankheitsvertretung vorrangig einstellen
Antrag der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.1720 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1) die Stadt Kassel stellt als Elternzeitvertretung, zur Vertretung bei längeren krankheitsbedingten Ausfällen und für die Beschäftigung in zweckbefristeten Anstellungen vorrangig ALG II-Bezieher*innen ein.
2) bei der Besetzung von Stellen in Bereichen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind, gilt dieser Vorrang nur in Bezug auf weibliche ALG II-Bezieher*innen.
3) falls die an der ausgeschriebenen Stelle bzw. den ausgeschriebenen Stellen interessierten ALG II-Bezieher*innen die Qualifikationsanforderungen nicht vollständig erfüllen, soll eine adäquate Weiterbildung erfolgen.
4) vor Beginn entsprechender Qualifizierungsmaßnahmen soll geprüft werden, ob die Kosten hierfür ganz oder teilweise vom Land, vom Bund, der EU oder einer anderen öffentlichen Stelle übernommen werden können.
5) die Stadt Kassel wirkt bei den Unternehmen an denen sie beteiligt ist darauf hin, dass dort vergleichbare Regelungen eingeführt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: Kasseler Linke
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler, Stadtverordneter Bayer
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Antrag der Fraktion Kasseler Linke betr. ALG II-Bezieher*innen als Elternzeitvertretung oder für Krankheitsvertretung vorrangig einstellen, 101.17.1720, wird **abgelehnt.**

18. Hausärztliche Versorgung sicherstellen
Antrag der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.1770 -

Abgesetzt

19. Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. VI/4 „Am Felsenkeller"
(Erneuter Aufstellungsbeschluss, Offenlegungsbeschluss)
Vorlage des Magistrats
- 101.17.1779 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Im Stadtteil Fasanenhof soll im Bereich der Straße „Am Felsenkeller“ ein Bebauungsplan gemäß § 30 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) aufgestellt werden. Das Bebauungsplanverfahren wird im regulären Verfahren nach BauGB durchgeführt.

Dem Vorentwurf des Bebauungsplans der Stadt Kassel Nr. VI/4 „ Am Felsenkeller“ wird zugestimmt.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes umfasst eine Fläche von ca. 2,5 Hektar und liegt im Norden des Stadtteils Fasanenhof. Er wird wie folgt eingegrenzt:

Im Süden durch die südliche Straßenbegrenzungslinie der Straße „Am Felsenkeller“, im Westen durch die Mitte der Bromeisstraße und deren Verlängerung nach Süden sowie die südliche und östliche Grenze des Flurstücks 25/2, Flur 1, im Norden durch die südliche Begrenzung des Linderwegs und im Osten durch die westliche Grenze des Flurstücks 23/2, Flur 1 sowie dessen Verlängerung nach Süden. Es werden somit im Einzelnen folgende Flurstücke erfasst: 25/3, 24/3, 24/2, 24/5, 32/1, 25/35, 25/36, , alle Flur 1, Gemarkung Wolfsanger und Teile der Flurstücke 34/13 und 29/6, Flur 20, Gemarkung Wolfsanger.

Ziel und Zweck der Planung ist die Bereitstellung von Flächen für den Wohnungsbau (ca. 80 Wohneinheiten) in gut integrierter Lage im Stadtteil. Mit dem Bebauungsplan wird die rechtliche Grundlage für eine städtebauliche Arrondierung des vorhandenen Siedlungsgebietes geschaffen."

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Dem Antrag des Magistrats betr. Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. VI/4 „Am Felsenkeller" (Erneuter Aufstellungsbeschluss, Offenlegungsbeschluss), 101.17.1779, wird **zugestimmt.**

20. Angemessene Mieten und Übernahme der Kosten der Unterkunft sicherstellen
Antrag der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.1783 -

Abgesetzt

21. Übernahme von Fahrtkosten für Schüler aus armen Haushalten
Antrag der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.1794 -

Abgesetzt

22. Bugasee
Antrag der CDU-Fraktion
- 101.17.1823 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, ein Konzept vorzulegen, das sicherstellt, dass der Bugasee gerade in der Hochsommerzeit von Badegästen genutzt werden kann und eine Sperrung des Sees zum Baden nicht mehr nahezu jährlich ausgesprochen werden muss.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: CDU, Demokratie erneuern/Freie Wähler (2)
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, FDP
Enthaltung: Kasseler Linke, Demokratie erneuern/Freie Wähler (1), Stadtverordneter Bayer
den

Beschluss

Der Antrag der CDU-Fraktion betr. Bugasee, 101.17.1823, wird **abgelehnt.**

23. Campingplatz
Antrag der CDU-Fraktion
- 101.17.1826 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, in Abstimmung mit Kassel Marketing und der MHK sicherzustellen, dass unverzüglich, spätestens aber zu Beginn des kommenden Frühjahrs, die Stadt Kassel wieder über ein attraktives Campingplatz- und Wohnmobilplatz-Angebot verfügt. Dabei ist auch zu prüfen, welche rechtlichen Möglichkeiten bestehen, das vorhandene Gelände des nunmehr seit 3 Jahren geschlossenen Campingplatzes über einen Rückerwerb an einen anderen professionellen Betreiber zu übertragen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: CDU, Kasseler Linke, Demokratie erneuern/Freie Wähler, Stadtverordneter Bayer
Ablehnung: SPD, B90/Grüne
Enthaltung: FDP
den

Beschluss

Der Antrag der CDU-Fraktion betr. Campingplatz, 101.17.1826, wird **abgelehnt.**

24. Einleitung eines Wegeeinziehungsverfahrens nach § 6 des Hessischen Straßengesetzes für zwei Teilflächen des städtischen Straßengrundstücks „Renthof“, Gemarkung Kassel, Flur 3, Teilstücke des Flurstücks 438/7
Vorlage des Magistrats
- 101.17.1827 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Einziehung der zwei in dem beigefügten Lageplan fett umrandet und schraffiert dargestellten öffentlichen Verkehrsflächen der Straße „Renthof“, Gemarkung Kassel, Flur 3, Teilstücke des Flurstücks 438/7 wird zugestimmt. Ein Verkehrsbedürfnis besteht für diese Flächen nicht mehr.
Das Wegeeinziehungsverfahren nach den Bestimmungen des Hessischen Straßengesetzes in der Fassung vom 08.06.2003 ist einzuleiten.“

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: SPD, B90/Grüne, FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler
Ablehnung: CDU, Kasseler Linke, Stadtverordneter Bayer
Enthaltung: --
den

Beschluss

Dem Antrag des Magistrats betr. Einleitung eines Wegeeinziehungsverfahrens nach § 6 des Hessischen Straßengesetzes für zwei Teilflächen des städtischen Straßengrundstücks „Renthof“, Gemarkung Kassel, Flur 3, Teilstücke des Flurstücks 438/7, 101.17.1827, wird **zugestimmt.**

25. Schulpflicht von Flüchtlingskindern
Antrag der CDU-Fraktion
- 101.17.1830 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, zur konkreten Umsetzung der gesetzlich geregelten Schulpflicht für die wachsende Zahl von Flüchtlingskindern wirksame Maßnahmen zu ergreifen. Zur Offenlegung aller damit verbundenen Probleme soll durch Stadträtin Anne Janz umgehend ein Runder Tisch einberufen werden. Dazu sollen Vertreter von Stadt, Land, Schulen, Kitas,

Gesundheitsbehörden und sonstiger betroffener Gremien eingeladen werden. Der Runde Tisch hat den Zweck, einen breiten Konsens darüber herbeizuführen, wie den Schulen und Kitas in Kassel schnell und unbürokratisch geholfen werden kann. In erster Linie geht es

- um eine genaue Bedarfsplanung für Räume und sachliche Ausstattung
- um die Erhöhung der Stundenkontingente für Förderunterricht
- um die Einrichtung von weiteren Intensivklassen für Kinder von Flüchtlingen und Asylsuchenden.

➢ **Geänderter Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, zur konkreten Umsetzung der gesetzlich geregelten Schulpflicht für die wachsende Zahl von Flüchtlingskindern wirksame Maßnahmen zu ergreifen. Zur Offenlegung aller damit verbundenen Probleme soll durch Stadträtin Anne Janz umgehend ein Runder Tisch einberufen werden. Dazu sollen Vertreter von Stadt, Land, Schulen, Kitas, Gesundheitsbehörden und sonstiger betroffener Gremien eingeladen werden. Der Runde Tisch hat den Zweck, einen breiten Konsens darüber herbeizuführen, wie den Schulen und Kitas in Kassel schnell und unbürokratisch geholfen werden kann. In erster Linie geht es

- um eine genaue Bedarfsplanung für Räume und sachliche Ausstattung
- um die Erhöhung der Stundenkontingente für Förderunterricht
- um die Einrichtung von weiteren Intensivklassen für Kinder von Flüchtlingen und Asylsuchenden.

Im Sinne der Kasseler Willkommenskultur sollen die Bildungsprozesse für die in Kassel ankommenden Kinder und Jugendlichen bestmöglich von den staatlichen und kommunalen Akteuren unterstützt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Dem geänderten Antrag der CDU-Fraktion betr. Schulpflicht von Flüchtlingskindern, 101.17.1830, wird **zugestimmt.**

26. Sicherung des Salzmann-Denkmals
Antrag der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.1832 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Zur Vorfinanzierung von Erhaltungsmaßnahmen am Salzmann-Gebäude werden im Haushalt der Stadt Kassel entsprechende Mittel bereitgestellt.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: Kasseler Linke, Stadtverordneter Bayer
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Antrag der Fraktion Kasseler Linke betr. Sicherung des Salzmann-Denkmals, 101.17.1832, wird **abgelehnt.**

27. documenta und Museum Fridericianum Veranstaltungsgesellschaft mbH - Änderung des Gesellschaftsvertrages -
Vorlage des Magistrats
- 101.17.1833 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Gesellschaftsvertrag vom 19.01.2005 wird in § 2 Abs. 3 und in § 18 an die aktuelle Mustersatzung der Finanzbehörde angepasst.

2. Der Magistrat wird ermächtigt, die zur Umsetzung der Beschlüsse erforderlichen Erklärungen in der jeweils rechtlich gebotenen Form abzugeben. Die Ermächtigung umfasst auch die Vornahme etwaiger redaktioneller Ergänzungen, Änderungen oder Streichungen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Dem Antrag des Magistrats betr. documenta und Museum Fridericianum Veranstaltungsgesellschaft mbH - Änderung des Gesellschaftsvertrages -, 101.17.1833, wird **zugestimmt.**

28. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 100 Abs. 1 HGO für das Jahr 2015; - Liste 5/2015 -
Vorlage des Magistrats
- 101.17.1835 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung bewilligt gemäß § 100 Abs. 1 HGO die in der rückseitigen Liste 5/2015 enthaltenen überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen

- im Finanzhaushalt in Höhe von 600.000,00 €“

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Dem Antrag des Magistrats betr. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 100 Abs. 1 HGO für das Jahr 2015; - Liste 5/2015 -, 101.17.1835, wird **zugestimmt.**

29. Nationales Projekt des Städtebaus - Wilhelmshöher Allee Zuwendungsantrag
Vorlage des Magistrats
- 101.17.1838 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Auf der Grundlage der Zusage der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit vom 16. Juli 2015 das Projekt Wilhelmshöher Allee als Premium-Projekt zu fördern, stellt die Stadt Kassel den als Anlage 2 beigefügten Zuwendungsantrag.“

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: SPD, B90/Grüne, FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler, Stadtverordneter Bayer
Ablehnung: CDU
Enthaltung: Kasseler Linke
den

Beschluss

Dem Antrag des Magistrats betr. Nationales Projekt des Städtebaus - Wilhelmshöher Allee Zuwendungsantrag, 101.17.1838, wird **zugestimmt.**

- **Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

> „Auf der Grundlage der Zusage der Bundesministerien für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit vom 16. Juli 2015 das Projekt Wilhelmshöher Allee als Premium-Projekt zu fördern, stellt die Stadt Kassel den als Anlage 2 beigefügten Zuwendungsantrag**, mit Verzicht auf die Durchführung von Heckenpflanzungen auf der Wilhelmshöher Allee.“**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: Kasseler Linke, Stadtverordneter Bayer
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke betr. Nationales Projekt des Städtebaus - Wilhelmshöher Allee Zuwendungsantrag, 101.17.1838, wird **abgelehnt.**

30. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 100 Abs. 1 HGO für das Jahr 2015; - Liste 6/2015 -
Vorlage des Magistrats
- 101.17.1839 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung bewilligt gemäß § 100 Abs. 1 HGO die in der rückseitigen Liste 6/2015 enthaltenen überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen

- im Ergebnishaushalt in Höhe von 155.250,00 €
- im Finanzhaushalt in Höhe von 109.654,42 € "

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Dem Antrag des Magistrats betr. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 100 Abs. 1 HGO für das Jahr 2015; - Liste 6/2015 -, 101.17.1839, wird **zugestimmt.**

31. Vergabe eines neutralen Rechtsgutachtens zur Klärung strittiger Fragen zu Betrieb, Bedienung und Unterhaltung der Schleuse Kassel
Vorlage des Magistrats
- 101.17.1840 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„1. Der Vergabe eines neutralen Rechtsgutachtens auf der Grundlage von mindestens drei Angeboten durch die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung oder durch die Ministerialverwaltung des Bundes zur Klärung strittiger Fragen zu Betrieb, Bedienung und Unterhaltung der Schleuse Kassel wird zugestimmt.

2. Das Ergebnis des Gutachtens wird als verbindlich anerkannt.

3. Die Stadt Kassel trägt ein Drittel der Kosten des Gutachtens."

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: - -
Enthaltung: Kasseler Linke
den

Beschluss

Dem Antrag des Magistrats betr. Vergabe eines neutralen Rechtsgutachtens zur Klärung strittiger Fragen zu Betrieb, Bedienung und Unterhaltung der Schleuse Kassel, 101.17.1840, wird **zugestimmt.**

32. Kassel unterzeichnet die Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen auf kommunaler Ebene
Antrag der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.1850 -

Abgesetzt

Ende der Sitzung: 20:42 Uhr

Petra Friedrich
Stadtverordnetenvorsteherin

Nicole Eglin
Schriftführerin